

## Überblick über die Protestbewegung gegen die Telematikinfrastruktur

Der Verein *Patientenrechte und Datenschutz e. V.* hat *Forderungen für die einrichtungsübergreifende elektronische Gesundheitsakte* veröffentlicht.<sup>1</sup> Es müsse erreicht werden, dass bei der Gestaltung von Datensammlungen auf zentralen Servern folgende Rechte der Versicherten gewahrt bleiben:

- das Recht auf Vertraulichkeit (Arztgeheimnis),
- das Recht auf strikte Beachtung der Zweckbindung der Patientendaten,
- das Recht auf freie Arztwahl,
- das Recht, keine elektronische Gesundheitsakte zu haben,
- das Recht auf volle Verfügung über die eigene Akte.

Zu den Einzelmaßnahmen, die der Verein fordert, gehört das Recht der Versicherten, Daten einzelner Behandler komplett aus ihrer Behandlungshistorie zu löschen. Im Grunde wären dezentrale, von den Versicherten selbst organisierte Datensammlungen besser, um die Selbstbestimmung der Versicherten über ihre Gesundheit sicherzustellen.

Die Frage ist immer, ob und wie man solche Ziele und Utopien politisch wirksam machen kann. Erstaunlich ist immerhin, dass einiges aus den Forderungen seinen Weg in Gesetzentwürfe und öffentliche Auseinandersetzungen gefunden hat.

Die politischen Auseinandersetzungen um die Telematik-Infrastruktur sind derzeit überwiegend geprägt durch Initiativen von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Ärztinnen und Ärzten gegen ihren Zwang zum Anschluss an die Telematik-Infrastruktur. Ende 2019 wurde eine Petition beim Bundestag eingereicht, in der gefordert wird: „Strafen gegen Ärzte und Psychotherapeuten, die sich nicht an die TI anschließen lassen, dürfen nicht verschärft, sondern müssen abgeschafft werden.“<sup>2</sup>

Über 70.000 Unterschriften sind darunter gesammelt worden. Mehrere Ärzteguppen führen Musterklagen gegen den Honorarabzug von 2,5% des Umsatzes, den Behandelnde zahlen müssen, die sich nicht an die Telematik anschließen. Über die Petition ist noch nicht entschieden worden.

Derzeit gibt es zwei verschiedene Bündnisse, die gegen die Telematik-Infrastruktur streiten, wie sie derzeit geplant ist:

- Das Bündnis *Stoppt die E-Card* existiert bereits seit 2007. Auch das FIF e. V. ist dort Mitglied, wie viele andere Bürgerrechts-Organisationen. Seit einigen Jahren erschöpft sich die Tätigkeit dieses Bündnisses darin, einmal im Jahr eine Veranstaltung mit um die 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

durchzuführen, und gelegentlich eine Pressemitteilung des Vereins *Patientenrechte und Datenschutz* zu unterzeichnen. Seine Website<sup>3</sup> ist überwiegend veraltet.

- Das Deutsche Psychotherapeuten-Netzwerk<sup>4</sup> hat Ende 2019 die Initiative ergriffen, ein neues Bündnis mit ähnlichen Zielen zu gründen<sup>5</sup>. Dazu hat es 2020 zwei Treffen gegeben.

Personen, die *nur* als Versicherte von der Telematik-Infrastruktur betroffen sind, sind in beiden Bündnissen deutlich in der Minderheit. Gewerkschaftliche Initiativen zum Thema gibt es nicht. Obwohl die DGB-Gewerkschaften in den Selbstverwaltungsgremien der Krankenkassen bedeutend vertreten sind, sind eigenständige politische Ansätze zur Technisierung des Gesundheitswesens bei ihnen kaum vorhanden.

Eine überschaubare Anzahl von Aktiven zum Thema verfolgt derzeit drei Schwerpunktthemen:

- Entwicklung einer gemeinsamen Stellungnahme von Bürgerrechtsorganisationen zum neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung, *Entwurf eines Gesetzes zum Schutz elektronischer Patientendaten in der Telematikinfrastruktur*, um damit die Diskussion über die weitere Entwicklung dieser Infrastruktur zu beeinflussen,
- Vorbereitung einer Verfassungsbeschwerde gegen das Anfang 2020 verabschiedete *Patientendaten-Schutzgesetz*, insbesondere gegen die verpflichtende Weitergabe von Gesundheitsdaten zu Forschungszwecken ohne Einspruchsmöglichkeit der Betroffenen,
- Vorbereitung einer eigenen Kandidatur bei den Sozialwahlen 2023.

Es bleibt spannend.

### Anmerkungen

- 1 <https://patientenrechte-datenschutz.de/informationen/forderungen-zur-einrichtungsuebergreifenden-e-gesundheitsakte/>
- 2 [https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2019/\\_09/\\_02/Petition\\_98780.html](https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2019/_09/_02/Petition_98780.html)
- 3 <https://www.stoppt-die-e-card.de>
- 4 <https://kollegennetzwerk-psychotherapie.de/index.php?page=1586445332>
- 5 <http://gesundheitscloud.info>



Jan Kuhlmann

**Jan Kuhlmann**, geb. 1955, Jurist und Datenschutz-Berater. Seit 1992 aktiv zum Thema Datenverarbeitung im Gesundheitswesen. Mitarbeit an Veröffentlichungen, z. B. *Der Gesundheitschip – vom Arztgeheimnis zum gläsernen Patienten* (Campus-Verlag 1995), *Die neue elektronische Gesundheitskarte – The same procedure as every year?* (FIF e. V. 2010), *Forderungen für die einrichtungsübergreifende elektronische Gesundheitsakte* (Patientenrechte und Datenschutz e. V. 2018)